

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 14.05.2003**

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 19.05 Uhr

Den Vorsitz führte: Beigeordnete Lina Meyer

ANWESENDE:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

#### **CDU/FDP**

Ratsherr Heino Ammersken  
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser bis 18.50 Uhr  
Ratsherr Rolf Bolinius  
Beigeordneter Helmut Bongartz bis 18.35 Uhr  
Ratsherr Hinrich Odinga für Ratsherr Herbert Buisker  
Ratsherr Kurt Hannappel

#### **SPD**

Ratsherr Walter Davids  
Ratsfrau Helga Grix  
Ratsherr Kai-Uwe Schulze  
Ratsfrau Elfriede Meyer  
Beigeordnete Lina Meyer

### **Beratende Mitglieder**

Herr Wilhelm Grix  
Frau Elsa Hartwig  
Herr Klaas Hayenga  
Frau Regine Miermeister  
Herr Jürgen Dietrich  
Herr Karl-Heinz Kracke

### **von der Verwaltung**

Stadtrat Martin Lutz  
Städt. Oberamtsrätin Doris Tempel  
Stadtamtfrau Elisabeth Szag  
Stadtamtsrat Gerhard Discus  
Stadtamtsrat Reinhard Kleen  
Frau Marion Eggert, Jugendbüro  
Herr Ben Brink, Jugendbüro

### **Als Gast**

Frau Marion Niemann, HEWAG

2 Vertreter der Presse

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 14.05.2003**

---

**Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Lina Meyer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Insbesondere begrüßt sie die anwesenden Zuschauer und die Vertreter der Presse. Frau Meyer stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die vorliegende Tagesordnung werden nicht erhoben.

**Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 05.03.2003

Herr Dr. Beisser bemängelt, dass die zugesagte Beantwortung seiner unter TOP 10 gestellten Anfrage zur Seniorenanlage am Schwanenteich über das Protokoll nicht erfolgt sei.

Mit dieser Ergänzung wird die Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 05.03.2003 genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Im Verlauf der weiteren Sitzung weist die Vorsitzende darauf hin, dass zu der Anfrage von Herrn Dr. Beisser folgende Anmerkung des Protokollführers im Protokoll vermerkt ist: In der Verwaltung liegen keine neuen Informationen vor.

**Punkt : 4** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen gestellt.

### B E S C H L U S S V O R L A G E N

**Punkt : 5** Vorlage 14-647  
Resolution des Rates der Stadt Emden zur Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe

Frau Tempel erläutert die Vorlage.

Herr Lutz ergänzt die finanziellen Hintergründe der unterschiedlichen Auffassungen zwischen Landkreistag und Städtetag.

Herr Bongartz befürchtet, dass die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe lediglich zu einer Entlastung des Bundes genutzt werden soll. Dies gehe wie so häufig zu Lasten der Kommunen.

Herr Dr. Beisser äußert die Befürchtung, dass die an sich gute Sache der Zusammenlegung immer weiter zerredet werde. Er rechne bundesweit mit Einsparungen in Höhe von 15 Milliarden Euro.

Herr Grix weist auf die Relation der betroffenen Personenkreise hin. So seien beim Arbeitsamt ca. 2.000 Personen von der Zusammenlegung betroffen, dem ständen ca. 120 Personen gegenüber, die bisher Sozialhilfeleistungen von der Stadt Emden erhalten hätten. Insofern sei diese Resolution für ein einheitliches bundesfinanziertes Leistungsrecht in der Zuständigkeit der Bundesanstalt für Arbeit völlig richtig. Wichtig sei aber auch ein verstärkter Dialog zwischen Arbeitsverwaltung und Sozialhilfeträgern.

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 14.05.2003**

---

Herr Lutz weist hierzu auf die gemeinsame Arbeitsmarktagentur des Arbeitsamtes, der Stadt Emden und der AAGE (kurz: GAMA) hin, die im Gebäude des Arbeitsamtes eingerichtet worden sei. Hier erfolge eine ganzheitliche Bearbeitung. Dazu werde sicher schon bald ein Zwischenbericht im Ausschuss gegeben werden können.

**Beschluss:** Der Rat beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Resolution zur Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. (Anlage)

**Ergebnis:** einstimmig

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**Punkt : 6** Vorlage 14-648  
Tätigkeitsbericht des Jugendbüros der Stadt Emden

Frau Eggert und Herr Brink erläutern die Vorlage anhand eines Folienvortrages.

Herr Grix verweist darauf, dass die Maßnahmen des Jugendbüros auch zu einer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt führten. So hätten 3 Personen, die zunächst an der Seetalk mitgearbeitet hätten, eine feste Anstellung gefunden.

Herr Davids erkundigt sich, was mit den Jugendlichen geschehe, die das Angebot des Jugendbüros ablehnten.

Bei diesen würde die vom Jugendbüro bereits angekündigte Kürzung der Hilfe zum Lebensunterhalt um 25 % sofort greifen, erklärt Herr Discus. Danach seien schrittweise weitere Kürzungen bis auf 0 % möglich. Diesem wachsenden Druck würden manche Jugendliche durch Wegzug begegnen.

Frau Eggert ergänzt, dass sich manche Jugendliche aber auch selbst geholfen hätten.

Frau Lina Meyer erkundigt sich, was nach Beendigung des Pilotprojektes geschehen solle.

Herr Discus erklärt, dass derzeit offen sei, ob das Land Niedersachsen die Förderung des Projekts in Höhe von derzeit 60 % weiterführe. Er halte eine Weiterführung für sinnvoll und geboten. Sollte diese durch die Stadt allein durchgeführt werden, sollte aufgrund der gewonnenen Erfahrungen schon bei den Schulabsolventen angesetzt werden. Dies sei dann mit dem Fachbereich 600 abzustimmen.

Herr Dr. Beisser dankt für die im Jugendbüro geleistete Arbeit und erkundigt sich nach dem beim Arbeitsamt gemeldeten Anteil der 18- bis 25jährigen.

Herr Bongartz hält es für einen Mangel, dass von dem Projekt nur 18- bis 25-jährige erfasst würden. Straffälligkeit und Verwahrlosung würde aus seiner Erfahrung bereits ab dem 14. Lebensjahr zunehmen. Er fragt, was zwischen dem 14. und 18. Lebensjahr passiere.

Herr Discus antwortet, dass der Fachbereich 500 erst ab dem 18. bzw. 21. Lebensjahr zuständig sei. Davor würden vom Fachbereich 600 aktive Jugendarbeit betrieben sowie Maßnahmen nach dem KJHG. An der Schule Barenburg gäbe es außerdem das PRINT-Projekt.

Herr Bongartz betont die Wichtigkeit der Kontakte zu den Schulen und damit einer guten Verzahnung zwischen den Lebensbereichen.

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 14.05.2003**

---

Frau Lina Meyer erkundigt sich, ob an die Weiterführung des Projektes gedacht sei.

Aufgrund des positiven Gesamtergebnisses sagt Herr Lutz zu, alles für eine haushaltsmäßige Absicherung zu tun.

In Beantwortung der Frage von Herrn Dr. Beisser nennt Frau Tempel folgende Zahlen des Arbeitsamtes und des Fachdienstes Schule:

Bestand der Arbeitssuchenden unter 25 Jahren im April 2003 für den Arbeitsamtsbezirk Emden	2.226
Schulabgänger in den Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Schulen im Jahr 2002	1.216
davon Schulabgänger, die noch einen Arbeitsplatz suchen (Ergebnis der Befragung, Stand 28.05.2002).	108

Herrn Grix plädiert dafür, Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz Hilfestellung zu geben, wie dies in Finnland z.B. durch Patenschaften geschehe. Ausschließlich bezahlte Hilfe sei auf Dauer nicht bezahlbar.

Herr Odinga erkundigt sich, ob Jugendliche nicht in der Gastronomie z.B. auf den Inseln eine Anstellung finden könnten. Dort würden ständig Kräfte nachgefragt.

Frau Eggert antwortet, dass viele der betreuten Jugendlichen mit den dort gestellten Anforderungen überfordert seien.

Herr Lutz verweist nochmals darauf, dass immerhin 29 Jugendliche eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten und 13 eine Ausbildung begonnen hätten.

Frau Lina Meyer dankt Frau Eggert und Herrn Brink für ihren informativen Vortrag.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 7** Vorlage 14-649  
Vorstellung des HEWAG Seniorenstiftes Emden, Rotdornring 2, 26725 Emden, durch Frau Marion Niemann (Einrichtungsleiterin)

Frau Marion Niemann, die Leiterin des HEWAG-Seniorenstiftes, stellt ihre Einrichtung vor. Dabei geht sie insbesondere auf die Maßnahmen ein, mit denen ein unbeaufsichtigtes Entfernen der Betreuten aus der Einrichtung verhindert werden soll. Sie reicht eines der eingesetzten Fußbändchen herum und betont, dass diese nur auf gerichtlichen Beschluss eingesetzt werden dürften. Beim Überschreiten bestimmter Induktionsschleifen würden diese eine elektrische Sicherung der Außentür bewirken. Außerdem ergehe eine Meldung an Helferinnen, die die Betreuten dann holten und in die frei zugänglichen Bereiche zurückführten. Dazu gehöre u.a. der große Gartenbereich und eine Dachterrasse. Auch ein so genannter Sinnesraum stünde den Bewohnern zur Verfügung.

Herr Schulz erkundigt sich, ob auch Ausflüge gemacht würden. Außerdem möchte er wissen, wie viele Pflegekräfte eingesetzt würden und ob darunter auch ABM-Kräfte seien.

Für Ausflüge stünde ein 9-sitziger Bus zur Verfügung, erklärt Frau Niemann. Sie nennt Beispiele für bisher durchgeführte Ausflüge. Der Schlüssel für die eingesetzten Pflegekräfte richte sich nach den Pflegestufen der Betreuten und sei höher als in anderen Einrichtungen. ABM-Kräfte seien nicht eingesetzt, sie halte dies in Abstimmung mit der Stadt aber für möglich.

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 14.05.2003**

---

Frau Elfriede Meyer erkundigt sich, ob nur Demenz-Kranke betreut würden und nach den Aufgaben des eingesetzten Sozial-Dienstes.

Frau Niemann bestätigt, dass nur geronto-psychiatrisch veränderte Menschen betreut würden und dass eine Vermischung mit anderen Erkrankten nicht sinnvoll sei. Der hauseigene Sozialdienst sei ständig anwesend und würde in einem Wochenplan Aktivitäten anbieten, der aber auch ständig den Bedürfnissen und Wettergegebenheiten angepasst werde.

Frau Hartwig bestätigt aus mehreren Besuchen mit dem Seniorenbeirat, dass sich die Bewohner im HEWG-Seniorenstift sehr wohl fühlten.

Frau Lina Meyer dankt Frau Niemann für ihren umfassenden Vortrag.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 8** Vorlage 14-650  
Bericht über das Jahresergebnis 2002 des Fachbereiches Gesundheit und Soziales

Frau Tempel stellt das Jahresergebnis 2002 des Fachbereiches Gesundheit und Soziales vor.

Herr Dr. Beisser erkundigt sich, ob es sich bei der Kostenerstattung um saldierte Beträge handele.

Herr Lutz antwortet, dass es sich sowohl in der Einnahme wie auch in der Ausgabe um Brutobeträge handele. Ergänzend weist er darauf hin, dass aufgrund des guten Rechnungsergebnisses im Rahmen des Quotalen Systems im Jahr 2003 eine Rückzahlung erfolgen müsse.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 9** Vorlage 14-651  
Fachtagung für den Ausschuss Gesundheit und Soziales  
Intensivierung der Vernetzungsbemühungen der Hilfen und Angebote in der Stadt Emden

Herr Kleen erläutert die Vorlage. Er weist darauf hin, dass von den 40 versandten Erhebungsbögen bis zum Sitzungstermin erst 17 zurückgeschickt worden seien, obwohl um Rücksendung bis zum 30.04.2003 gebeten worden sei. Da erst nach Rücksendung aller Erhebungsbögen eine Zusammenstellung der erhobenen Daten erfolgen könne, schlägt er vor, die Konsequenzen im Hinblick auf eine stärkere Vernetzung in einer weiteren Fachtagung unter externer Moderation Ende August bzw. Anfang September 2003 zu beraten.

Herrn Dietrich und Herrn Grix ist dieser Termin viel zu spät. Da bei den Trägern ggfs. personelle Konsequenzen gezogen werden müssten, sei eine Klärung vor dem 30.06.2003 notwendig.

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 14.05.2003**

---

Herr Ammersken dankt der Verwaltung für die gelebte Zusammenarbeit zwischen Fachbereich und Ausschuss, die auch in dieser erneuten Fachtagung zum Ausdruck komme.

Herr Lutz appelliert, die angeschriebenen Maßnahmeträger zu veranlassen, die verschickten Fragebögen umgehend zurückzusenden. Nur so sei von der Verwaltung noch ein früherer Tagungstermin zu verwirklichen.

Herr Hayenga äußert sich erschrocken über die geringe Rücklaufquote. Er regt an, die Mittel für diejenigen zu kürzen, die nicht geantwortet hätten. Allenfalls solle eine Nachfrist von ca. 14 Tagen gesetzt werden.

Frau Tempel sagt zu, mit kurzer Nachfrist an die Rücksendung zu erinnern, um die Veranstaltung möglichst noch im Juni durchführen zu können. Die Einladung an die maßgeblichen Maßnahmeträger und den Ausschuss werde durch die Verwaltung erfolgen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 10** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Keine

**Punkt : 11** Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

Herr Discus weist auf die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Stadtentwicklung, für Jugendhilfe sowie Gesundheit und Soziales am 02.07.2003 hin.

**Punkt : 12** Anfragen

Keine

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.05 Uhr